

Wohnungsbau in Berlin

Am 11. Mai meldet die Berliner Morgenpost: „Die Zahl der Baugenehmigungen in Berlin ist im Vergleich zum Vorjahr stark zurückgegangen. Im ersten Quartal 2018 genehmigten die Bauaufsichtsämter der Bezirke 4.325 neue Wohnungen, fast 19 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Das hat das Statistische Landesamt mitgeteilt.“

Stefan Evers, der Generalsekretär der Berliner CDU, forderte sogleich den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) auf, Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linke) zu entlassen. „Die wohnungspolitische Bilanz des Senats bleibt verheerend. Berlin kann sich Katrin Lompscher nicht länger leisten“, sagte Evers. Das Bündnis für Wohnungsneubau liege „in Trümmern“. Die Übertragung von Grundstücken an Genossenschaften werde blockiert. Wichtige Bauvorhaben würden verzögert oder gar verhindert, kritisierte er.“ *Quelle: Berliner Morgenpost.*

Heute finden wir nun im E-Mail-Eingang eine Pressemitteilung von Bausenatorin Lompscher, die ein anderes Bild zeichnet und sich ebenfalls auf das Statistische Landesamt beruft: Überschrift:

Steigende Wohnungsbauzahlen in Berlin

„Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat heute die Baufertigstellungszahlen für das Jahr 2017 veröffentlicht. Demnach wurden im vergangenen Jahr in Berlin 15.669 Wohnungen errichtet. Dies entspricht einem Plus von 14,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Besonders groß war der Zuwachs im Bereich der Mehrfamilienhäuser, hier entstanden insgesamt 11.408 neue Wohnungen und damit 28,7 Prozent mehr als im Jahr 2016.“

Dazu Senatorin Katrin Lompscher: „Die Fertigstellungszahlen gehen weiter nach oben. Besonders erfreulich ist, dass beim Geschosswohnungsbau eine so hohe Steigerungsrate zu verzeichnen ist. Damit wächst das Segment am stärksten, das wir in Berlin am dringendsten brauchen. Über die Anwendung des Berliner Modells der Kooperativen Baulandentwicklung sorgen wir dafür, dass auch private Investoren in diesem Bereich mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnraum errichten. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind durch die Kooperationsvereinbarung seit Mitte 2017 ohnehin verpflichtet, mindestens die Hälfte ihres Neubaus zu leistbaren Konditionen anzubieten. Wir sind auf einem guten Weg. Um das Defizit der vergangenen Jahre schrittweise abzubauen und den Wohnungsmarkt nachhaltig zu entspannen, müssen alle Beteiligten diesen

konsequent weiter beschreiten.“ Neu gebaut wurden 12.814 Wohnungen, 18,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Die meisten Wohnungen entstanden in den Bezirken Lichtenberg, Mitte und Treptow-Köpenick.

Was sagt uns das? 2017 wurden 18,9 Prozent mehr Wohnungen fertiggestellt als 2016. Im ersten Quartal 2018 wurden fast 19 Prozent weniger Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahreszeitraum. Da nützt mir meine kaufmännische Ausbildung nichts, um das zu verstehen.

Christian Gräff, der baupolitische Sprecher der CDU-Fraktion, hat eine Erklärung und eine Überschrift für seine Konter-Pressemitteilung: „Berlin kann nicht auf Lompscher bauen.“

„Die erfreuliche Steigerung der Baufertigstellungen im Jahr 2017 ist das Ergebnis jahrelanger Projektarbeit von Wohnungsunternehmen und Immobilienentwicklern. Doch der Jubel bleibt einem im Hals stecken. Denn in allen Gesprächen mit Unternehmen, die in Berlin bauen wollen, muss man derzeit erwarten, dass diese Zahlen in den kommenden Jahren einbrechen werden. Der Rückgang der Baugenehmigungen im 1. Quartal 2018 ist ein Vorbote für die auch zu erwartende Negativ-Entwicklung in nächster Zeit. Das Ziel der Linkspartei von Frau Lompscher, Investoren aus Berlin fernzuhalten, schadet unserer Stadt und den Mietern.“

Ratlos sitzt man vor der Tastatur und überlegt, was man dazu noch schreiben soll. Im RBB diskutierten heute aus dem Abgeordnetenhaus die Fraktionsvorsitzenden die aktuelle Lage Berlins. Die Grüne Fraktionsvorsitzende Silke Gebel sprach von Halbzeit, SPD-Fraktionschef Raed Saleh von dreieinhalb Jahren, die man noch bis zur nächsten Wahl habe – was wohl die richtigere Rechnung ist – aber alle schienen ziemlich ratlos. Udo Wolf, Linken-Fraktionsvorsitzender, gab sich angesichts der neuesten Umfrage, wonach seine Partei mit 22 Prozent die Spitzenposition belegt, bescheiden. Saleh sah man die Verzweiflung mit seiner SPD an. Ja, der Zustand der SPD ist bundesweit schlecht, das tröstet wenig. RBB-Reporter Florian Eckardt streute genüsslich Salz, Pfeffer und Tabasco in die klaffende Wunde, erwähnte mal wieder den illoyalen Bildungs-Staatssekretär, der im Schulbereich wenig gebacken kriegt, sich aber über seinen Landesvorsitzenden Michael Müller beklagt, und natürlich durfte die Frage nicht fehlen, ob nicht gleich ein neuer SPD-Landesvorsitzender die SPD retten könnte. Tolle Idee, aber leider steht Emmanuel Macron derzeit nicht zur Verfügung.

Ed Koch